

ZUKUNFT HESSEN

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN
UND DER LANDTAGSFRAKTION

Thema
BILDUNG

AUSGABE 3/15

www.spd-fraktion-hessen.de www.spd-hessen.de

BILDUNG DARF NICHT MEHR VON DER SOZIALEN HERKUNFT ABHÄNGEN

KEIN KIND ZURÜCKKLASSEN

HESSEN
SPD

KINDERBETREUUNG

**HESSEN HINKT
WEST-LÄNDERN HINTERHER**

Ja, ich bin schon **18!**

WIR LEBEN JUGENDSCHUTZ. 

SCHMIDT  GRUPPE

SPIELEN ERST AB 18 JAHREN.

Nach § 6 Abs. 1 des Jugendschutzgesetzes darf Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nicht gestattet werden, in Spielstätten anwesend zu sein. Da wir Ihnen Ihr Alter nicht immer ansehen können, bitten wir um Verständnis, wenn wir Sie um einen Altersnachweis durch Vorlage eines Ausweises oder Führerscheins ersuchen.

Wir fragen Sie nach Ihrem Ausweis!



www.schmidtgruppe.de

Übertriebenes Spiel kann zum ernststen Problem werden. Anonyme Beratung und Informationen gibt es bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unter 0180 1 372 700. (Festnetzpreis 3,9 Cent pro Minute, höchstens 42 Cent pro Minute aus Mobilfunknetzen)

AUF EIN WORT



BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

im September beginnt in Hessen ein neues Schuljahr. Für die Schülerinnen und Schüler entwickelt sich aber leider auch in diesem Jahr wenig zum Besseren. Der schwarz-grüne Stillstand hat das Bildungssystem fest im Griff. Das hat auch das im Juli ergebnislos zu Ende gegangene Bildungsgipfelchen gezeigt. Es kreiße und gebar – wie üblich für die Gipfel der hessischen Landesregierung – eine winzig kleine Maus.

Es bleibt also alles beim Alten: Hessen hat weiterhin viel zu wenige echte Ganztagschulen – von 1035 Grundschulen sind es

weiterhin gerade mal fünf! Von 107 Gymnasien keines! Beim Thema Inklusion kommt die Landesregierung nicht vom Fleck und hat stattdessen durch das Hin und Her bei der von vornherein breit abgelehnten Zwangsverordnung der verkürzten Schulform G8 ein unübersichtliches Tohuwabohu bei den verschiedenen Schulformen angerichtet. Noch dazu sind immer mehr Schulen in Hessen wegen der Kürzung bei den Zuweisungen an Städte, Kreise und Gemeinden sanierungsbedürftig. Für einen Kultusminister beginnt dieses Schuljahr also bereits mit einem blauen Brief.

Eigentlich ist es an der schwarz-grünen Landesregierung, Hessen

endlich in wichtigen bildungspolitischen Bereichen wie der Kinderbetreuung und der Inklusion aus der Dauerschlusslichtposition herauszuholen. Viel Hoffnung ist nicht in Sicht. Fünf Jahre (das ist immerhin länger als die übliche Grundschulzeit) muss man da nicht warten, um zur Einschätzung zu kommen: Eine Empfehlung kann nicht gegeben werden.

Herzlichst

Günter Rudolph, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

- 3 AUF EIN WORT
- 4 INHALT
- 6 **RUBRIK** FAKTENCHECK

8 TITELTHEMA
WIR DÜRFEN KEIN KIND ZURÜCKLASSEN

Thorsten Schäfer-Gümbel über bessere Bildungskonzepte für Hessen

14 INDIVIDUELLE FÖRDERUNG STATT SCHUBLADEN-DENKEN

Wie andere Länder mit längerem gemeinsamen Lernen erfolgreich Schule machen



16 MENSCHEN DÜRFEN NICHT VON BILDUNG AUSGESCHLOSSEN WERDEN

Wie eine Enquete-kommission im Hessischen Landtag Bildung gerechter machen will

18 FERIENFREIZEIT UND TISCHKICKER GESTRICHEN

Schwarz-Grün spart Schulsozialarbeit kaputt

19 RUBRIK MEIN LIEBLINGSPLATZ IN HESSEN

Tim Frühling

20 KEIN GELD FÜR NEUEN ANSTRICH
Hessische Schulen sind sanierungsbedürftig



22 AUCH LEHRER WOLLEN LERNEN
Hessen muss Fortbildung wieder unterstützen

24 RUBRIK ACHTUNG SCHWARZ-GRÜN!
Bildungsgipfel scheidert krachend

26 INKLUSION KOMMT ALLEN ZUGUTE
Die SPD-Bundestags-abgeordnete Dagmar Schmidt im Gespräch mit dem SPD-Bildungspolitiker Christoph Degen

28 RUBRIK LUFT & LIEBE?
Wovon Menschen leben

29 RUBRIK IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT
Turgut Yüksel

30 ERFOLGSSTORY DUALES SYSTEM
Betrieb und Berufsschule greifen bei der Handwerkslehre Hand in Hand

32 RUBRIK! AKTUELL HESSEN IST SCHLUSSLICHT BEI KINDERBETREUUNG

Die Bildungsexpertin Anette Stein über Personalmangel in Kitas, kindgerechte Betreuung und ihre neue Studie

34 RUBRIK NACHGEFRAGT
Drei Fragen von Fevzije Zeneli

36 GEWINNSPIEL

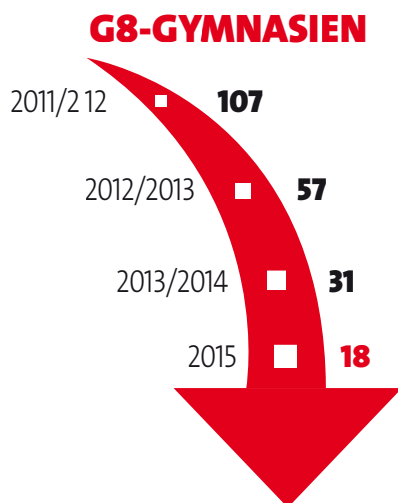
36 IMPRESSUM

HESSENS BILDUNG IN ZAHLEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION
Text **KATJA APELT**

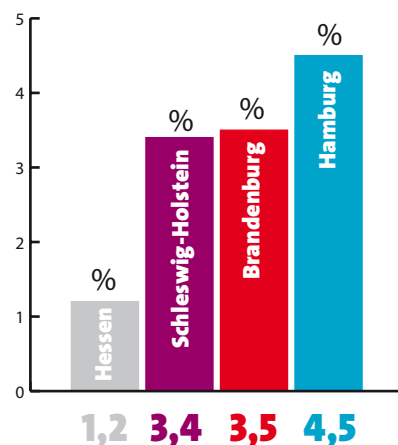
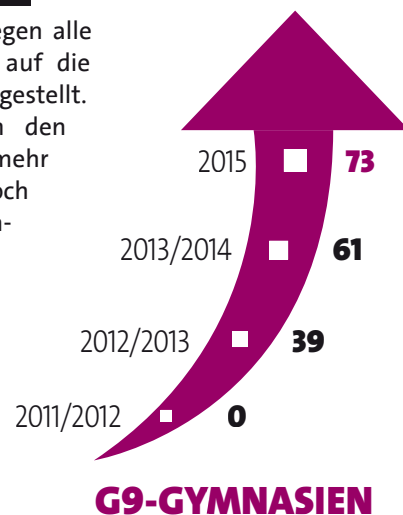
FAKTENCHECK

Beim Thema Bildung fällt Hessen in vielen Studien negativ auf. Ob es um die Einführung echter Ganztagschulen geht, um Inklusion oder die Betreuung von Kindern in Krippen und Kitas – gern findet man Hessen auf dem letzten oder vorletzten Platz. Obwohl das Bundesland bildungspolitisches Schlusslicht ist, werden die wichtigen Themen nicht angegangen. Im Gegenteil – die auch durch den Murks bei der Rückkehr vom gegen den Willen vieler Eltern und Experten zwangseingeführten G8 verursachte Zergliederung des Schulsystems bekommt – PR-tauglich – den Stempel Vielfalt aufgedrückt. Gleichzeitig bekommen Schulen immer mehr Aufgaben, die alle aus der 105-prozentigen Lehrerversorgung bewältigt werden sollen. Dabei bleibt einiges auf der Strecke. Hessens Kinder und Jugendliche haben eine verantwortungsvollere Politik verdient.
Quelle: Hessisches Kultusministerium



KEINER WILL G8

Die CDU hat im Jahr 2001 gegen alle Widerstände die Gymnasien auf die verkürzte Schulzeit G8 umgestellt. Seitdem es Wahlfreiheit an den Schulen gibt, kehren immer mehr zum alten G9 zurück. Nur noch 18 der ursprünglich 107 Gymnasien haben G8, 73 unterrichten nach G9.
Quelle: Hessisches Kultusministerium

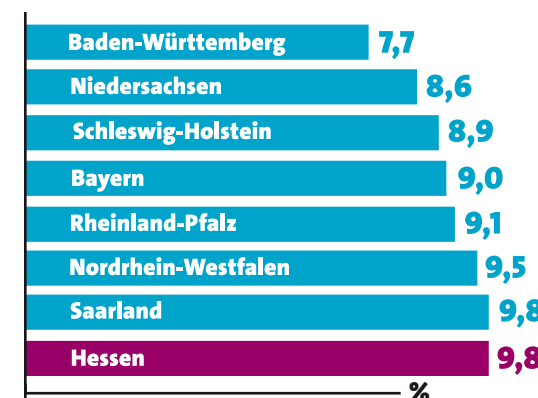
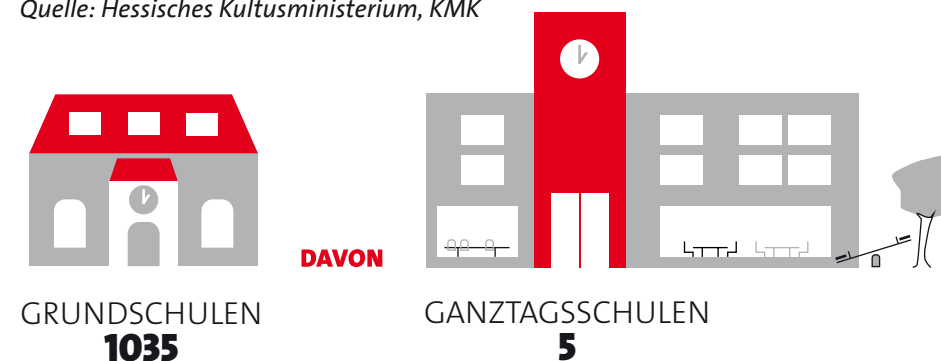


HOHER NACHHOLBEDARF BEI INKLUSION

Hessen hatte im Schuljahr 2012/13 mit 1,2 Prozent bundesweit die zweitschlechteste Inklusionsquote. Das ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler im schulpflichtigen Alter mit Förderbedarf, der in allgemeinen Schulen inklusiv unterrichtet wird. Auch beim Inklusionsanteil, also dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, der inklusiv beschult wird, ist Hessen mit 20,5% Vorletzter (Bundesdurchschnitt: 28,2%).
Quelle: Bertelsmann Stiftung

HESSEN IST SCHLUSSLICHT BEI GANZTAGSSCHULEN

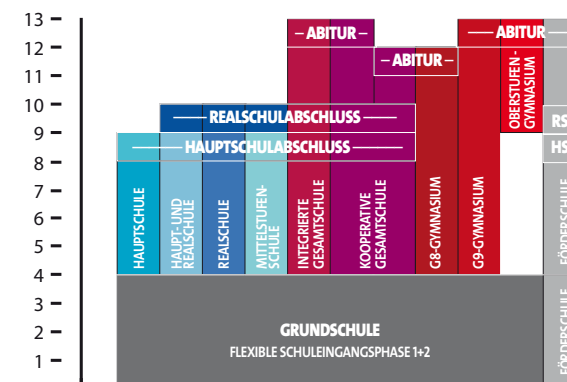
In ganz Hessen gibt es aktuell 24 echte gebundene Ganztagschulen. Das sind gerade einmal 1,4 Prozent (ohne Förderschulen). Bei Grundschulen ist das Verhältnis noch schlechter. Nur fünf von 1035 verfügen über ein echtes Ganztagsangebot. Das sind 0,5 Prozent. Allerdings hat kein Gymnasium, keine Realschule und keine Haupt- und Realschule ein solches Angebot. Bei der Zahl der ganztags unterrichteten Kinder war Hessen auch 2012/13 absolutes Schlusslicht.
Quelle: Hessisches Kultusministerium, KMK



HESSEN LIEGT BEI DER KINDERBETREUUNG WEIT ZURÜCK

Hessen schneidet bei der Betreuung in den Kindergärten schlechter ab als alle anderen westdeutschen Flächenländer – nur das Saarland liegt gleichauf. Bei der Krippenbetreuung teilt es sich mit Bayern den vorletzten Platz. Im Durchschnitt muss sich in Hessen eine Erzieherin um 9,8 Kindergartenkinder kümmern. Bertelsmann legt europäischen Standards folgend ein kindgerechtes Betreuungsverhältnis bei 7,5 an. Der Betreuungsschlüssel ist neben der Gruppengröße als solcher Maßstab für die Qualität in der Kinderbetreuung.
Quelle: Bertelsmann Stiftung

SCHULJAHRE



SCHULSYSTEM – ZERGLIEDERT WIE NIRGENDS

In Hessen von einer Stadt in die andere zu ziehen ist für Familien mit Schulkindern heute schwieriger als in ein anderes Bundesland umzuziehen. Grund dafür ist die Zergliederung des hessischen Schulsystems. Insbesondere im ländlichen Raum ist das bisher besuchte Schulmodell daher mancherorts gar nicht erreichbar.
Quelle: SPD-Landtagsfraktion

„WIR DÜRFEN KEIN KIND ZURÜCKKLASSEN“

Themenschwerpunkt
BILDUNG

**Bildung soll nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängen
– weder in Hessen noch anderswo**

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

In Hessens Kindergärten dürfen nicht nur kleine Brötchen gebacken werden: Thorsten Schäfer-Gümbel informiert sich über die Situation der Kinderbetreuung.

gestellt wird. Sei es, dass Kinder mit Behinderungen schwer oder gar nicht inklusiv, also auf allgemeinbildenden Schulen – wie von der UN-Konvention vorgegeben –, unterrichtet werden können. Sei es der enorme Sanierungsstau, der Schulen zu Sanierungsfällen und Eltern zu Handwerkern werden lässt. Die Liste der Baustellen ist lang. Das hessische Schulsystem wird den Anforderungen an moderne Bildung weiterhin nur unzureichend gerecht – dies hat der gescheiterte Bildungsgipfel einmal mehr deutlich gemacht.

Zu groß ist die Zahl derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen und den Einstieg in die berufliche Ausbildung nicht schaffen. Mir ist das ein Dorn im Auge, ich will das nicht akzeptieren!

BILDUNGSSYSTEM MUSS INDIVIDUELLER WERDEN

Unser wichtiges Ziel lautet, wir wollen kein Kind zurücklassen! Denn jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung, egal um welche Begabung es geht. Um das aber zu realisieren, muss das Bildungssystem individueller werden. Schule muss sich auf die Situation der Schülerinnen und Schüler besser einstellen können und nicht umgekehrt. Studien wie die PISA-Studie belegen aber immer wieder: In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungsweg derart vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Immer wieder wird darauf verwiesen, dass dies auch an dem für Deutschland frühen Einteilen in die Schubladen der verschiedenen Schulformen liegt – dort kommen die Kinder dann in der Regel nur noch sehr schwer wieder heraus.

Gute Schule, das wünschen sich Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler. Gemessen an diesem Anspruch bleibt die Bildungspolitik trotz aller Fortschritte der letzten Jahrzehnte eine Großbaustelle der hessischen Landespolitik!

BAUSTELLE BILDUNGSPOLITIK

Individuelle Förderung, Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit,

Arbeitsbedingungen, Personalausstattung, Konzepte, Schulsozialarbeit, Inklusion oder Berufsorientierung. Die Beteiligten sind sich einig, dass etwas passieren muss. Sei es beim Fehlen echter Ganztagschulen, obwohl sich Eltern dies zunehmend wünschen – dies gilt für Grundschulen (landesweit fünf) genauso wie für Gymnasien (landesweit null!). Sei es, dass Kinderbetreuerinnen und -betreuer überlastet sind, weil nicht genug Personal ein-

FAKTEN

SPD FORDERT: 100 GRUNDSCHULEN ZU ECHTEN GANZTAGSSCHULEN IM JAHR

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, in Hessen jährlich 100 Grundschulen zu ermöglichen, sich in echte Ganztagschulen umzuwandeln. Bei diesen sogenannten **Profil-3-Schulen** wird der Schulalltag zeitlich und organisatorisch anders strukturiert. Unterricht und Zusatzangebote, Pausen und Entspannungsphasen verteilen sich über den ganzen Schultag, der von 7.30 bis gegen 16 oder 17 Uhr dauert, und werden in den Tagesablauf integriert. Die Schülerinnen und Schüler werden sowohl regulär unterrichtet als auch von qualifiziertem Fachpersonal und multiprofessionellen Teams pädagogisch betreut. Der Wechsel von Lern- und Freizeitaktivitäten, von Ruhe und Bewegung, von Anspannung und Entspannung orientiert sich an dem, was Schülerinnen und Schüler für nachhaltiges Lernen brauchen und zudem noch Spaß macht. Die Kosten für die Ganztagschulen trägt das Land.

In Hessen gibt es zur Zeit insgesamt 83 dieser echten Ganztagschulen, davon sind 59 Förderschulen. Weder unter den Gymnasien noch unter den Realschulen gibt es solche Ganztagschulen in Hessen. Immerhin: 13 der 93 integrierten Gesamtschulen unterrichten nach dieser Form.

Weitere Ganztagschulprofile:

Profil 1: Diese Schulen bieten an mindestens drei Tagen ein Beschäftigungsangebot von sieben Zeitstunden von 7.30 bis 14.30 Uhr (Freitag bis 14 Uhr) für Schülerinnen und Schüler an, die es benötigen. Das Angebot am Nachmittag ist freiwillig und nicht Teil des Unterrichts.

Profil 2: Diese Schulen bieten an fünf Tagen ein verlässliches Beschäftigungsangebot von 7.30 bis 16 oder 17 Uhr an (Freitag bis 14 Uhr). Auch hier gehört der Nachmittag nicht zum Pflichtunterricht – eine Verzahnung von Unterricht und Nachmittagsangebot ist möglich.

Sogenannter **„Pakt für den Nachmittag“**: Offenes Ganztagsangebot mit einer Betreuungsgarantie bis lediglich 14.30 Uhr. Unterricht und Angebote können verzahnt werden. Die Kosten für die Betreuung von 14.30 Uhr bis 16 oder 17 Uhr tragen Eltern und Kommunen.

Dieses System ist übrigens in Europa einzigartig, darauf muss man aber nicht stolz sein. Insbesondere die Bildungs-Hardliner in der hessischen CDU, etwa der Ministerpräsident selbst, sehen es nach wie vor als Non-plus-ultra an. Keinen Zentimeter werde er von den bildungspolitischen CDU-Grundlinien abweichen, tönte Bouffier vor Kurzem und besiegelte das Ende des Bildungsgipfels. Dabei zeigen Untersuchungen: Längeres gemeinsames Lernen, wie es in den PISA-Vorzeigeländern Finnland oder Kanada traditionell praktiziert wird, trägt deutlich zum Bildungsniveau aller Kinder bei und macht Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund.

HESSEN BRAUCHT ECHTE GANZTAGSSCHULEN

Auf diesen Missstand haben wir klare Antworten: Wir wollen jedem Kind wohnortnah eine echte ganztägig arbeitende Schule anbieten, die sowohl Angebote von Vereinen als auch Schulsozialarbeit mit einbindet. Dazu wollen wir etwa der Hälfte aller Grundschulen ein solches Angebot ermöglichen. Echte Ganztagschulen bieten mehr Zeit zum Lernen und mehr Zeit zum Fördern. Mit bedarfsgerechten Angeboten werden nicht nur Kinder besser unterstützt, sondern sie helfen auch Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Schulen, die sich in echte Ganztagschulen umwandeln wollen, müssen dafür ausreichend Lehrkräfte und Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Durchlässigkeit und individuelle Förderung in den Schulen müssen verbessert werden, dazu braucht es



Unter Youngsters: Thorsten Schäfer-Gümbel informiert sich über den Schulalltag.



Thorsten Schäfer-Gümbel besucht die Marburger Carl-Strehl-Schule. Die private Förderschule hat den Schwerpunkt Sehen.

bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehört ganz besonders die Berufsorientierung, die wir auch in den gymnasialen Bildungsgängen richtig verankern müssen. Ein 14-Tage-Praktikum kann diese Aufgabe nicht lösen.

ZIEL: INKLUSIVE SCHULE

Eine weitere wichtige Baustelle in der hessischen Bildungspolitik ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Vielfach stehen an den Regelschulen nicht ausreichend Förderpädagogen zur Verfügung, um Inklusion so zu gestalten, dass alle davon profitieren.

Um Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, den veränderten Anforderungen an Schule Rechnung tragen zu können, muss das Land Fortbildungsmöglichkeiten stärken. Neue Aufgabenstellungen müssen von entsprechenden Angeboten begleitet werden. Qua-



Auge in Auge mit der nächsten Generation

BILDNACHWEIS – SÜTERA



litätsentwicklung, Fort- und Weiterbildung, Beratung und Unterstützung der Schulen wollen wir deshalb stärken.

GUTE BILDUNG BRAUCHT INVESTITIONEN

Unser Leitmotiv bleibt: Gute Bildung und gleiche Chancen für alle! Dafür braucht es aber mehr als Werbekampagnen und Elternbriefe. Es braucht vor allem den Willen, die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Mittagessen mit TSG an der echten Ganztags-Grundschule Gießen-West: Danach geht der Unterricht weiter.



THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL (45) IST HESSISCHER FRAKTIONS- UND LANDESVORSITZENDER

UND STELLVERTRETENDER BUNDESVORSITZENDER DER SPD. SEINE EIGENE SCHULISCHE LAUFBAHN HAT IHN FÜR UNGERECHTIGKEITEN IM BILDUNGSSYSTEM SENSIBILISIERT.

Schule ist auch Elternsache!

Aktive Eltern engagieren sich im elternbund hessen

Der elternbund hessen e.V. wurde im Jahr 1979 als Zusammenschluss reformorientierter Eltern in Hessen gegründet.

Der elternbund hessen kämpft für eine gute Schule

Der elternbund hessen setzt sich für eine demokratische, soziale und zukunftsfähige Schulkultur ein, in der das Kind im Mittelpunkt steht. Zukunftsfähig bedeutet für uns, „länger gemeinsam lernen“ in Ganztagschulen und in inklusiven Schulen, die alle Schülerinnen und Schüler mitnehmen, fördern und fordern.

Der elternbund hessen mischt sich kritisch in die hessische Schulpolitik ein und wirkt aktiv in bildungspolitischen Gremien und Institutionen mit. Er nimmt an öffentlichen Diskussionen teil und betreibt Pressearbeit.

Der elternbund hessen unterstützt seine Mitglieder mit

- **Information und Beratung in allen schulischen Angelegenheiten**
- **Rat und Hilfe für Elternvertreterinnen und -vertreter**
- **Informationen zu Schulsystem und Bildungspolitik**
- **Broschüren, z.B. den ebh-Elternratgeber**
- **seiner Mitgliederzeitschrift, dem ebh-Elternbrief**
- **dem ebh-Elterntelefon: 069 553879 oder per E-Mail: info@elternbund-hessen.de**
- **Wissenswertem auf seiner Homepage www.elternbund-hessen.de**
- **... und in Kooperation mit seinen Partnern**
- **Vermittlung von Referenten**
- **Seminaren zum Elternrecht**



Heft 1 aus der Reihe der ebh-Elternratgeber

elternbund hessen e.V. **ebh**
müdenken - mitwirken - mitentscheiden

Werden Sie Mitglied! Es lohnt sich für Sie und Ihre Kinder!

elternbund hessen e.V. • Oeder Weg 56 • 60318 Frankfurt • Postfach 18 01 64 • 60082 Frankfurt
Telefon: 069 553879 • Fax: 069 5962695 • E-Mail: info@elternbund-hessen.de • www.elternbund-hessen.de

INDIVIDUELLE FÖRDERUNG STATT SCHUBLADENDENKEN

Wie andere Länder mit längerem gemeinsamen Lernen erfolgreich Schule machen

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **HEIKE HABERMANN**

Die internationale Schulvergleichsstudie PISA hat in der Bildungspolitik die Debatte neu entfacht, wie Schule sein muss, um den Einfluss von sozialer Herkunft auf den Bildungserfolg von Kindern aufzulösen. Was machen die Spitzenreiter der Studie Finnland oder Kanada besser, wenn nicht nur die durchschnittliche Leistung von Schüle-

rinnen und Schülern Deutschland topt, sondern vor allem die Abhängigkeit vom Sozialstatus der Eltern eine wesentlich geringere Rolle spielt?

Die Antwort liegt im Bildungssystem: Sowohl in Finnland als auch in Kanada gibt es ein Gesamtschulsystem, das seine Qualität aus sich selbst heraus beweisen

muss und als Schule für alle nicht in Konkurrenz zu anderen Schulformen steht. In Finnland gelang es im Jahr 1968 eine parteiübergreifende Mehrheit für eine Reform des Schulsystems zu erreichen. Sie bedeutete eine Aufgabe des gegliederten Schulsystems und vor allem eine Aufgabe der Praxis, nach einer vierjährigen Grundschule bereits durch den



Längeres gemeinsames Lernen macht schlau und Spaß.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA

FAKTEN

PISA-STUDIE GIBT DEUTSCHLAND SCHLECHTE NOTE

Das früh beginnende gegliederte Schulsystem mit Gymnasium, Realschule und teilweise Hauptschule, wie es in Deutschland noch Regel ist, findet im internationalen Vergleich keine Mehrheit.

Wo es eine solche Gliederung überhaupt gibt, etwa in den Niederlanden und Belgien, werden Kinder insgesamt mit sechs und sieben Jahren deutlich länger gemeinsam unterrichtet. In den PISA-Vorzeigeländern Kanada und Finnland wie auch in Japan sogar neun Jahre. Erst dann wird über den weiteren Bildungsweg entschieden.

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass das deutsche Schulsystem, in dem bereits nach der vierten Klasse über die Zukunft der Kinder entschieden wird, die Abhängigkeit des Bildungswegs von der sozialen Herkunft deutlich verschärft. In Ländern, in denen Kinder lange gemeinsam unterrichtet werden, ist dieser Zusammenhang deutlich geringer.

Übergang auf die weiterführende Schule eine gesicherte Laufbahnprognose für das einzelne Kind abzugeben.

In Kanada gab es genau wie in den meisten Industrieländern niemals einen politischen Streit darüber, ob Kinder frühzeitig in verschiedenen Schulformen unterrichtet werden müssen, um sie bestmöglich zu fördern. Über 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen besuchen bis zur neunten Klasse gemeinsam eine Public Highschool und entscheiden erst danach über den weiteren Bildungsweg.

Gemeinsam lernen in einer Schule für alle ist in den Ländern mit besonders guten Ergebnissen also

selbstverständlich. Aber das Prinzip des gemeinsamen Lernens ist niemals ausreichend, bestehende soziale Disparitäten und soziale Ungleichheit beim Zugang zu Bildung aufzulösen. Keine erfolgreiche Bildungsreform darf vor einer Strukturdiskussion zurückschrecken, aber jede Bildungsreform wird scheitern, die als einziges Ziel eine gemeinsame Schule hat.

Es gibt viele Bausteine, aus denen eine Schule gebaut wird, die individuelle Förderung, Chancengleichheit und ein hohes Leistungsniveau bietet. Finnische und kanadische Schulen sind Ganztagschulen mit Zeit zum Lernen und Zeit für individuelle Entwicklung. Es sind weitestgehend pädagogisch selbstständige Schulen. Es muss kein Schulversuch im Kultusministerium beantragt werden, um jahrgangsübergreifend zu unterrichten oder auf Noten zu verzichten. Dafür haben die Schulen die Verpflichtung, sich und ihre Arbeit regelmäßig selbst zu überprüfen und ihre Ansätze weiterzuentwickeln. Eine besondere Bedeutung hat auch die Ausbildung der Lehrkräfte. Sie sind es gewohnt, im Team zu arbeiten. Im Mittelpunkt steht das einzelne Kind und weniger der Druck von Verordnungen auf Einhaltung der Lehrpläne.

Viele deutsche Schulen setzen diese Bausteine ein, was fehlt ist der politische Wille, die Anstrengungen der Schulen und Lehrkräfte durch eine gezielte Förderung und Unterstützung der Bildungspolitik zu einem ganzheitlichen System zu entwickeln, unabhängig von der jeweiligen politischen Mehrheit.



PISA-Glanzlicht Finnland setzt auf Gesamtschule statt Gliederung.

Den Abstand zu den erfolgreichen Bildungssystemen können wir aber nur bewältigen, wenn Lehrkräfte keine Hauptschüler oder Gymnasiasten bewerten, sondern ausgebildet werden, um die Fähigkeiten eines einzelnen Kindes unabhängig von der Schulform zu sehen und zu fördern, die es besucht. Erst dann kann das Bekenntnis, kein Kind zurückzulassen, auch mit Leben erfüllt werden. Inklusion im Sinne der Genfer UN-Konvention ist letztlich nur in einem Gesamtschulsystem zu realisieren.

Diese Selbstverständlichkeit, Kinder in ihrer persönlichen Entwicklung mit ihren Talenten, Stärken und Schwächen fördern zu wollen und Schule daran auszurichten, haben uns die erfolgreichen PISA-Länder voraus.

Und sie entwickeln sich weiter: Bis 2020 werden in Finnland die traditionellen Schulfächer abgeschafft und durch Themenbereiche ersetzt – bei uns auch als fächerübergreifender Projektunterricht an einzelnen Schulen umgesetzt. Gute Schule ist eben immer abhängig von Strukturen, aber jederzeit offen für neue pädagogische Konzepte.



HEIKE HABERMANN IST STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTIN DES HESSISCHEN LANDTAGS UND EHEMALIGE BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.

BILDNACHWEIS – PORTRÄT: PRIVAT

MENSCHEN DÜRFEN NICHT VON BILDUNG AUSGESCHLOSSEN WERDEN

Wie eine Enquetekommission im Hessischen Landtag Bildung gerechter machen will

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **PROF. DR. WOLFGANG BÖTTCHER**



FAKTEN WAS IST EINE ENQUETE-KOMMISSION?

Eine Enquetekommission ist ein durch einen Parlamentsbeschluss eingesetztes Gremium, das sich in der Regel aktuellen Themen widmet, für die es langfristige und richtungweisende Entscheidungen geben soll. Um eine Enquetekommission einzusetzen, muss mindestens ein Viertel der Abgeordneten des Hessischen Landtags zustimmen. Besetzt wird eine solche Kommission mit Abgeordneten und externen Sachverständigen. Ziel ist es, innerhalb einer Legislaturperiode einen fundierten Bericht zum Thema vorzulegen.

Mit dem Titel „Kein Kind zurücklassen“ hat die von der hessischen SPD-Landtagsfraktion ins Leben gerufene Enquetekommission ein Thema von bundesweiter Relevanz gesetzt. Unsere 16 Bildungssysteme sind leider vor allem in einem erfolgreich: Menschen von Bildungserfolgen auszuschließen. Diese Auslese gründet keines-

falls darauf, dass alle die gleichen Chancen zum Erfolg hätten. Im Gegenteil: Das Bildungswesen belohnt die soziale Herkunft der Kinder und bemüht sich wenig, diejenigen zu fördern, die Schwierigkeiten haben. Es wird so getan, als ob das, was Kinder mitbringen, ihr „natürliches Talent“ sei und nicht Effekt ihres Aufwachsens sowie der Chancen,



die ihre Lebensumstände ihnen geboten haben.

Die Enquete hat sich zur Aufgabe gemacht, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sie Gerechtigkeit im Bildungswesen versteht und Lösungen aufzuzeigen, wo und wie besondere Anstrengungen unternommen werden müssen. Gerechtigkeit könnte etwa bedeuten, dass ein erstes Ziel sein muss, allen Menschen eine Grundbildung zu ermöglichen. Eine Definition von Gerechtigkeit würde die Zuteilung von Ressourcen so leiten können, dass es besser gelingt, Kinder nicht zurückzulassen.

Bei ihrer Arbeit profitiert die Bildungsenquete von den Sachverständigen, in der Regel sind das empirisch forschende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Trotz unterschiedlicher politischer Orientierung sind die von ihnen präsentierten Befunde weit entfernt von Gesinnungsbekundungen. In vielen Fragen zeichnen sich Übereinstimmungen ab:

■ *Es gibt aussagekräftige Forschungsergebnisse zur großen Bedeutung der „Frühen Bildung“. Wir müssen Kindern demnach möglichst früh interessante und anregende Lernumwelten zur Verfügung zu stellen.*

■ *Forschungsbefunde zeigen, dass wirkungsvolle Pädagogik auf dem Aufbau von Beziehungen basiert. Die Qualität der pädagogischen Interaktion müsste also in der pädagogischen Aus- und Weiterbildung eine größere Bedeutung bekommen.*

■ *Kritisch wird auch die hierarchische Schulsituation mit der damit verbundenen Art der Selektion gesehen. Ein Bildungssystem muss nicht als primäres Ziel die „Vermessung“ von Kindern haben, sondern das Erkennen ihrer Schwierigkeiten mit dem Ziel, sie besser zu unterstützen.*

Die von PISA abgeprüften Fächer werden bildungspolitisch bevorzugt, ästhetische, kulturelle und politische Bildung hingegen benachteiligt. Für demokratische Gesellschaften ist eine „Erziehung zur Demokratie und zum Zusammenleben“ Kernaufgabe und sollte einen geeigneten Platz haben.

Schulen brauchen angesichts ständig neuer Aufgabenzuschreibungen und Rechtfertigungszwänge eine „realistische Perspektive“: Schule kann nicht alle Probleme lösen. Die Kernfrage lautet: Was sollen Kinder lernen?

Um zu erkennen, wie, wo und warum Kinder scheitern und wie man sie besser unterstützen kann, ist es wichtig, Biografien statistisch erfassen zu können.

Ein kleines „Aber“: Die Fraktionen stellen häufig Fragen, die über den Einsetzungsbeschluss hinausgehen, wenig Relevanz für politische Entscheidungen haben oder auf die es bereits Antworten gibt. Ich denke, jeder Frage müsste eine

politische Perspektive angehängt werden. Abstrakt gesprochen: Wenn X die Antwort ist, müsste man über Y als politische Aktivität nachdenken; wenn Z die Antwort ist, kommen A oder B als politische Handlungsoptionen in Betracht. Nur beliebig zu fragen, ist kein kluger Auftrag an die Sachverständigen, die zudem hinreichend gewürdigt werden sollten.

Wir sind erst in der Mitte der Kommissionsarbeit. Aber ich sehe ein Interesse an Veränderungen im Bildungssystem. Nur wundere ich mich, wie wenig das Kultusministerium präsent ist. Vielleicht musste man sich dort zu intensiv um den Bildungsgipfel kümmern, in dem manche eher eine Werbeveranstaltung als den ernstgemeinten Versuch einer Bildungsreform sahen: Schulfrieden als Programm? Als ob es vorher Krieg gegeben hätte? In der Enquete sind Krieg und Frieden keine Bezugspunkte. Es geht um den Versuch einer konstruktiven Arbeit an unserer Programmatik und also darum, künftig kein Kind mehr zurückzulassen.



PROF. DR. WOLFGANG BÖTTCHER IST PROFESSOR FÜR QUALITÄTSENTWICKLUNG/EVALUIERUNG AM INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT – ARBEITSBEREICH: SOZIALPÄDAGOGIK / ERWACHSENENBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER UND SACHVERSTÄNDIGER DER SPD IN DER BILDUNGENQUETE.

FERIENFREIZEIT UND TISCHKICKER GESTRICHEN

Schwarz-Grün spart Schulsozialarbeit kaputt

SPD-LANDESVERBAND – Text **JOHANNES FRASS**

Es wird gespielt, gelacht, gekocht und gebacken. Der Tischkicker ist im Dauerbetrieb und manchmal wird es auch ganz schön laut in den Räumen der Schulsozialarbeit der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt. Schüler, Eltern und Lehrer sind mehr als zufrieden mit dem Angebot der Sozialpädagogen der Arbeiterwohlfahrt. Neben dem Tagesbetrieb bieten die Pädagogen auch Berufsberatung an und in den Ferien gehören die Sommer- und Winterfreizeiten zu den Highlights eines jeden Schuljahrs.

Seit mehr 40 Jahren betreibt die AWO Frankfurt die Schulsozialarbeit an der Ernst-Reuter-Schule II. Dieses Angebot steht aber auf tönernen Füßen. Bisher wurde das Erfolgsmodell von Land, Kommune und dem Träger gemeinsam

finanziert. Die Landesregierung hat nun die Finanzierung aufgekündigt und zieht sich komplett aus der Verantwortung.

Mit diesem Schritt stellt das Land die Schule nun vor die Wahl, ob sie die zur Verfügung stehenden Mittel wie bisher für die Inklusionsarbeit einsetzt oder aber die Schulsozialarbeit in dem vorhandenen Umfang erhält. Einziger Ausweg ist die Aufnahme in das Förderprogramm für weiterführende Schulen. Dieses Programm der Stadt Frankfurt stellt allen Gesamtschulen 2,5 Stellen für die Sozialarbeit zur Verfügung. Damit fällt jedoch eine ganze Stelle weg und das Angebot, das von einer Teestube über gemeinsame Freizeiten, Prävention- und Einzelfallarbeit bis hin zu Berufsberatung reicht, muss erheblich eingeschränkt werden.

FAKTEN

Hessen hat Schulsozialarbeit seit den 1980er-Jahren in Form einzelner Projekte gefördert. Die zur Verfügung gestellten Mittel betragen jährlich 350.000 bis 400.000 Euro. Für das Haushaltsjahr 2015 hat die schwarz-grüne Landesregierung die Mittel nun in die 105-prozentige Lehrerversorgung verlagert und die Vereinbarungen mit den Trägern gekündigt. Die Schulen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie das Kontingent der Schulsozialarbeit oder anderen Aufgaben der Schule zuschlagen.



BILDNACHWEIS – AWO FRANKFURT

Technik,
die begeistert

Dabei hat die Frankfurter Ernst-Reuter-Schule noch Glück im Unglück. Die städtischen Finanzen lassen noch ein Programm für Sozialarbeit an Schulen zu. Für viele andere Städte und Kommunen in Hessen ist dies bereits Luxus. Die Politik der hessischen Landesregierung lässt Städte und Kommunen am langen Arm verhungern und das zulasten der nächsten Generation – unserer Kinder.



JOHANNES
FRASS IST
PRESSE-
SPRECHER
DER AWO
FRANKFURT.

BILDNACHWEIS – AUTOR: PRIVAT



Bad Hersfelder
Stiftsruine

BILDNACHWEIS – MICHAEL – WIKIPEDIA

Tim Frühling, Radiomoderator, Wetterfrosch und Buchautor, liebt die Stiftsruine in Bad Hersfeld

SPD-LANDESVERBAND

Ich habe ja den Eindruck, dass die Südhessen den Gardasee oder Mallorca oft besser kennen als den schönen Norden unseres Landes. Als Frankfurter gerät man geradezu in eine Verteidigungshaltung, wenn man sich als Nordhessen-Fan outet. Knüll? Nie gehört. Meißner? Hat der nicht mal das Glücksrad moderiert? Bad Hersfeld? Da sitzt doch dieser Buchversand. Ja, auch, aber vor allem steht dort eines der faszinierendsten Gebäude unseres Landes. Die Stiftsruine ist die größte romanische Kirchenruine der Welt und seit ziemlich genau 254 Jahren in ihrem jetzigen Zustand. Die Franzosen hatten das Kloster im Siebenjährigen Krieg als Kornspeicher genutzt und es bei ihrem Abzug vorgezogen, lieber alles in Schutt und Asche zu

legen, als den Hersfeldern das sorgsam gehütete Getreide zu überlassen. Seitdem steht dieser hohle Zahn aus Stein am Rande der Hersfelder Innenstadt und versprüht in lauen Sommernächten ein südländisches Flair. Allerdings hat man die Ruine gerade in dieser Jahreszeit selten für sich. Denn schon kurz nach der Zerstörung fanden im Inneren der ehemaligen Kirche erste Chor- und Theaterauftritte statt. Perfektioniert wurde diese Tradition 1951, dem Gründungsjahr der heutigen Hersfelder Festspiele. Zwei Monate weht jeden Sommer ein Hauch internationalen Theaterflairs durch die alten Gemäuer, das mediale Interesse an Bad Hersfeld hat durch die Verpflichtung Dieter Wedels einen neuen Höhepunkt erreicht. Ich finde die Stimmung

am Stift außerhalb der Festspiele fast noch reizvoller. Die Ruhe im Park, die Sonnenstrahlen, die durch die fensterlosen Rahmen ins Innere der Ruine fallen – und das Eichhörnchen, das in Windeseile die fast 30 Meter hohe Mauer senkrecht hochklettert. Das ist für mich Romantik made in Waldhessen. Da brauche ich Mallorca oder den Gardasee nicht.

Tim Frühling hat die Ruine bereits literarisch in einen Krimischauplatz verwandelt. In seinem neuen Buch (ab Juni 2016) ermittelt Kommissar Daniel Rohde, der bereits aus „Der Kommissar in Badeshorts“ (emons Verlag, ISBN 978-3-95451-503-5, 9,90 Euro) bekannt ist, an diesem historischen Ort in einem Mordfall während der Festspiele.

Schule ist derzeit nicht ein Ort des Lebens, sondern ein Ort des Überlebens – so formulierte es 2014 Frederik Michalke als Frankfurter Stadtschulsprecher. Das liegt nicht daran, dass Kinder heutzutage ungern lernen – im Gegenteil. Im Sommer 2015 haben Schülerinnen und Schüler landesweit Aktionen auf die Beine gestellt, als bekannt wurde, dass die Landesregierung Stundenzuweisungen in den Oberstufen kürzt.

Schule ist faktisch der Lebensmittelpunkt unserer Kinder. Denn die Nutzung der Schulen als Gebäude hat sich in den vergangenen Jahren massiv gewandelt. Früher standen Schulen von 13 Uhr an leer. Heute findet dort bereits in der Grundschule Betreuung statt (im September 2015 startet der „Pakt für den Nachmittag“, die gemeinsame Betreuung von Kommune und Land von Grundschulkindern bis 17 Uhr in den Schulräumen) und auch in den weiterführenden Schulen sind noch um 16 Uhr Schülerinnen und Schüler anzutreffen, die noch Unterricht haben oder betreut werden.

Das Ganze findet aber in Schulen statt, die teilweise dringend saniert werden müssen. Wie dringend, das war in vielen Kommunen, so auch in Frankfurt, der Öffentlichkeit lange nicht klar, bis im Herbst 2013 Lernende, Eltern und Lehrkräfte des Elisabethengymnasiums gemeinsam auf die Straße gingen, weil die Schule an manchen Stellen einsturzgefährdet war. In Räumen durfte sich nur eine abgezählte Schülerzahl aufhalten. Klatschen oder hüpfen durften sie nicht, da es sonst

SPD-LANDESVERBAND – Text **ALIX PUHL**

KEIN GELD FÜR NEUEN ANSTRICH

Hessische Schulen sind sanierungsbedürftig. Dafür fehlt Geld. Die Vorsitzende des Stadtelternbeirats Alix Puhl über den Schulalltag



Ein bisschen Farbe bitte!

BILDNACHWEIS – FOTOLIA

FAKTEN 2 MILLIARDEN EURO FEHLEN

Allein in den hessischen Großstädten fehlen den Schulen rund zwei Milliarden Euro für dringende Sanierungen. Oft werden Eltern und Lernende herangezogen, um nötigste Arbeiten zu erledigen. Klassenräume und Toiletten sind oft in erbärmlichem Zustand.



Sanierungsfall Schule: Nicht überall reicht das Geld fürs Renovieren.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA

gefährlich werden könnte für die Statik. Stahlstützen sollten Schlimmeres verhindern. Diese Schule aber blieb kein Einzelfall, andere zeigten der Öffentlichkeit ebenfalls, in welchem Zustand ihre Räume waren: In Turnhallen fingen Eimer das Regenwasser auf, Fenster ließen sich nicht schließen und viele Toilettenanlagen hätten Erwachsene lieber gemieden.

In Frankfurt wurde errechnet, dass im Jahr 2014 ein Sanierungstau in Höhe von mindestens 900 Millionen Euro zu bewältigen ist. Für das Nötigste, nicht für Luxussanierungen. Nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Krefeld oder Wiesbaden steht man vor ähnlichen Problemen.

Investitionen gab es auch in der Vergangenheit – aber nicht in

Sanierungen, sondern zum Beispiel in dringend benötigte Cafeterien oder in die IT-Infrastruktur. Die Schönheitsreparaturen hat man den Schulen überlassen – und damit den Eltern, die schon seit Jahrzehnten immer wieder Klassenräume streichen. Dazu kommt, dass in vielen Gemeinden zwar das Schulamt für die Schulen zuständig ist, für den laufenden Erhalt und die Sanierungen aber andere Ämter. Die Zusammenarbeit der verschiedenen involvierten Ämter läuft für die Dringlichkeit zu langsam und zu holprig, wie die meisten Schulleiterinnen und Schulleiter bestätigen können.

In Frankfurt will man das Problem angehen. Mit einem Aktionsplan, der alle Schulen auflistet und die nötigen Maßnahmen benennt. Bis 2019 hat man 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Auch wenn es undankbar klingt, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein und viele Schülerinnen und Schüler werden in unsanierten Gebäuden weiter überleben. Wir Eltern wünschen uns aber, dass unsere Kinder in der Schule leben können und nicht den ganzen Tag nichts trinken, um zum Beispiel den Toilettengang zu vermeiden. Denn dann ist 17 Uhr sehr spät.



ALIX PUHL IST VORSITZENDE DES STADTELTERNBEIRATS IN FRANKFURT.



BILDNACHWEIS – AUTORIN: PRIVAT

AUCH LEHRER WOLLEN LERNEN

Hessen muss Fortbildung wieder unterstützen

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **CHRISTOPH DEGEN**

Die Bedeutung der Lehrerfortbildung ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Neue Aufgabenfelder wie die inklusive Beschulung, Kompetenzorientierung und der Umgang mit modernen Medien sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie sich die Anforderungen an Lehrkräfte verändert haben und weiter verändern werden. Nationale und internationale Forschungsergebnisse belegen, dass Lehrerfortbildung eine zentrale Einflussgröße für den Lernerfolg in Schule und Unterricht ist, bei den Absolventen von Fortbildungsveranstaltungen zu höherer Berufszufriedenheit führt und einen Kreislauffeffekt bewirkt: Fortbildungsteilnahmen führen zu weiteren Fortbildungsaktivitäten mit unbestritten positiven Wirkungen.

Trotz dieser eindeutigen Erkenntnisse genießt die Lehrerfortbildung in Hessen nicht den Stellenwert, der ihr angesichts ihrer Bedeutung für die Qualität von Schule und Unterricht zukommt. Seit 2004 hat sich das Land unter den Dogmen Kostensenkung

und Marktorientierung immer weiter aus der Lehrerfortbildung zurückgezogen. Seit 2011 fanden systematische Evaluationen kaum mehr statt, wie kürzlich die Antwort auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion ergab. Ausarbeitungen von Experten weisen auf die Notwendigkeit einer organisatorischen und inhaltlichen Erneuerung hin und selbst der grundsätzlich missratene Bildungsgipfel betont im Empfehlungstext der Arbeitsgruppe Lehrerfortbildung das Erfordernis der „Stärkung bzw. Entwicklung einer Fortbildungskultur“.

Eine Fortbildungskultur darf sich jedoch keineswegs darauf beschränken, die Verantwortung darüber, ob Lehrkräfte überhaupt und in welchen Kompetenzbereichen geneigt sind, sich fortzubilden, ausschließlich an diese zu delegieren. Eine höhere Erwartungshaltung vonseiten des Landes setzt gleichzeitig ein entsprechendes Engagement und Angebot des Landes voraus. Auch muss Lehrkräften tatsächlich ermöglicht werden, an Fortbildungen teilzunehmen. Wer allerdings



denkt, dies könne ausschließlich in den Ferien und nach einem Unterrichtstag neben Vor- und Nachbereitung bewältigt werden, der irrt. Nach der Auswertung der Ergebnisse der Enquetekommission gilt es, dringend eine Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes zu diskutieren. Dabei sollte ein Recht auf Fortbildung neben der Fortbildungspflicht für Lehrkräfte gesetzlich verankert werden.



CHRISTOPH DEGEN IST BILDUNGSPOLITISCHER SPRECHER DER HESSISCHEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION UND ARBEITETE ALS FÖRDERSCHULLEHRER.

BILDNACHWEIS – AUTOR: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FAKTEN

FORTBILDUNGSPROGRAMME FÜR LEHRKRÄFTE IN ANDEREN BUNDESLÄNDERN

■ **NORDRHEIN-WESTFALEN: „Vielfalt fördern“:** Ziel der Fortbildung ist die **Weiterentwicklung des Unterrichts** in den Schwerpunkten **individuelle Förderung** und **Kompetenzentwicklung**. Lehrkräfte werden dabei unterstützt, sich besser auf die unterschiedlichen Lernausgangslagen, Potenziale und Interessen der Schülerinnen und Schüler einzustellen. Die Fortbildung richtet sich an **ganze Schulen** und stellt somit einen integrierten Ansatz der Unterrichtsentwicklung im Rahmen von Schulentwicklung dar. (Kooperation mit Bertelsmann)

■ **BREMEN: „Gemeinsam lernen – auf dem Weg zur inklusiven Schule“:** Das Landesprogramm zur Fortbildung aller Lehrkräfte und des gesamten pädagogischen Personals an Schulen wurde 2011 ins Leben gerufen.

■ **NIEDERSACHSEN: „Schulleiterqualifizierung Inklusion“:** Die landesweite Schulleiterqualifizierung Inklusion bietet Unterstützung auf dem Weg zur inklusiven Schule. **Multimediamobile:** Medienpädagogen/innen kommen mit den Multimediamobilen direkt an die Schulen, bilden Lehrkräfte aus und begleiten sie bei der Durchführung von Multimediaprojekten und Unterrichtsvorhaben.

BILDUNGSGIPFEL SCHEITERT KRACHEND



BILDNACHWEIS – NANCY FAESER

Landesregierung verspielt Chancen für gute und gerechte Bildungspolitik

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER, MdL und Generalsekretärin der SPD Hessen**

EIN SCHULJAHRESENDE OHNE HAPPY END

Streit um Lehrerzuweisungen, Stress rund um einen Bildungsgipfel, der zum Fiasko wurde. Der Versuch von Schwarz-Grün, einen „Schulfrieden“ herzustellen und bildungspolitische Leitlinien für die nächsten zehn Jahre festzusetzen, ist krachend gescheitert.

Trotz monatelanger Beratungen endete das Prestigeprojekt ergebnislos. Schwarz-Grün war unfähig, Kompromisse in strittigen Bildungsfragen auszuloten und Lösungen anzubieten. Die

Bildungsgipfelteilnehmer brachten Vorschläge zu allen wichtigen Themen wie Inklusion, Ausbau und Weiterentwicklung von Ganztagschulen, Lehrerbildung, Bildungsgerechtigkeit und einem zukunftsfesten Schulsystem ein. Schwarz-Grün lieferte nichts.

Minister und Staatssekretäre schlüpfen als Leiter von Arbeitsgruppen in die Rolle von Beobachtern, um Dissens, meist mit Verweis auf die Ressourcenfrage, wegzumodieren oder auszuklammern. Statt konkrete Umsetzungspläne vorzulegen, wurden viele gute Vorschläge vom

Tisch gewischt. Verantwortung wird auf Schulen und Lehrkräfte abgewälzt. Beim Gipfel wurde die Chance auf eine bessere und gerechtere Bildungspolitik leichtfertig vertan. Substanzielle Fortschritte waren möglich, aber möglicherweise nicht gewollt.

SCHÖNER SCHEIN STATT LANGFRISTIGE LEITLINIEN

Schwarz-Grün ging es (offenbar) nicht um Lösungen und langfristige Leitlinien, sondern um den schönen Schein einer vermeintlich erfolgreichen Koalition. Während die Teilnehmer von einem

Scheitern auf ganzer Linie, vom „Gipfel der Unverbindlichkeiten“, einer „unterirdischen Veranstaltung“, „Makulatur“ und „Dokumentation von Dissens“ sprechen, feiert die Koalition es als Erfolg, über Schulpolitik geredet zu haben. Denn ein Scheitern kann nicht sein, darf nicht sein und passt nicht ins Konzept.

Die Fassade der glänzend funktionierenden Koalition, die sich in (fast) allen Fragen grün ist, hat mit dem Gipfel ein paar Risse bekommen. Zeigte sich doch, wie tief die Gräben nach 16 Jahren geschwärtzter Bildungspolitik zwischen CDU-Hardlinern, grünen Hart-aber-herzlich-Reformern und den Akteuren in der Bildungspolitik sind.

Vor allem aber das Bekenntnis von Bouffier, sich in Schulstrukturfragen „keinen Millimeter“ zu bewegen, hat den Gipfel zum Einsturz gebracht. Es war ein Schlag ins Kontor und ein Affront gegen diejenigen Bildungsgipfelteilnehmer, die in der Frage der Schulstruktur auf Veränderungen gehofft hatten. Auch der grün angehauchte Vorschlag für eine neue „Sekundarschule“, diese, wenn sie über eine neue Verpackung hinaus zu einer Schule des längeren gemeinsamen Lernens weiterentwickelt worden wäre, durchaus Potenzial besaß, zerplatzte damit binnen Sekunden wie eine Seifenblase. Erfolg sieht anders aus.

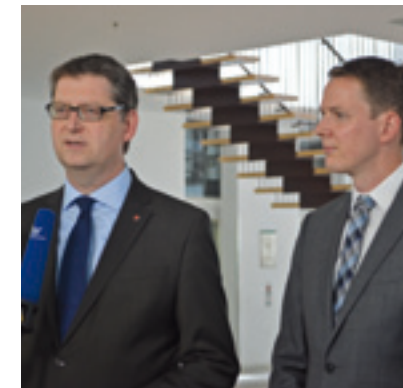
BILDUNGSGIPFEL BLEIBT ANTWORTEN SCHULDIG

Gescheitert ist der Bildungsgipfel aber auch, weil Schwarz-Grün bei entscheidenden Fragen gekniffen hat oder Antworten schul-

dig blieb. Die Ressourcenfrage wurde ausgeklammert, parallel zum Gipfel Kürzungen der Lehrerzuweisungen an Grundschulen und Oberstufen verkündet. Damit wurde das letzte Fünkchen Hoffnung auf ein gemeinsames Abschlussdokument zunichtegemacht.

Auch die Fragen, die uns besonders wichtig sind, zum Beispiel wie der Bildungserfolg unabhängig von der sozialen Herkunft erreicht werden kann und wie alle Kinder von Beginn an die gleichen Chancen erhalten können, blieben unbeantwortet. Die Erwartung, dass Schwarz-Grün schon über ein Konzept verfügt, das in der Schublade schlummert, oder sich dieses Themas annehmen wird, tendiert gegen Null. Wir werden deshalb weiter daran arbeiten, vor allem in der Enquetekommission des Landtags „Kein Kind zu-

Thorsten Schäfer-Gümbel (l.) und Christoph Degen verkünden den Ausstieg aus dem Gipfel.



rücklassen“. Bleibt nur abzuwarten, wie Kultusminister Lorz, dem unlängst im Zusammenhang mit der Verkündung der durchschnittlichen Abiturnoten in Hessen von einem Journalisten der FAZ empfohlen wurde, sich um

FAKTEN DER BILDUNGSGIPFEL: VIEL WIRBEL UND KEIN ERGEBNIS

Der von der schwarz-grünen Landesregierung im September 2014 ins Leben gerufene Bildungsgipfel endete am 17. Juli 2015 nach fast 50 Treffen von Arbeitsgruppen und des Gipfel-Gremiums ohne ein Ergebnis. Während der vier Hauptsitzungen und vieler Treffen der Arbeitsgruppen konnte keine langfristige Verständigung über schulische Bildung in Hessen erzielt werden, weil CDU und Grüne keinerlei Verhandlungsspielraum in den wichtigen Fragen wie der Schaffung von echten Ganztagschulen oder Inklusion gaben. Ziel des Gipfels war es, Grundsätze und Leitlinien für das schulische Handeln für zehn Jahre festzuschreiben. Das 38-köpfige Bildungsgipfel-Gremium bestand unter anderem aus Vertretern von Landesregierung, Landtagsfraktionen, Landeseltern- und Landeschülervertretungen, Elternverbänden, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschafts- und Fachverbänden, Gewerkschaften, Lehrerverbänden, Stiftungen, Kirchen, Hochschulen sowie Fachverbänden. Der Bildungsgipfel brachte vor allem für ehrenamtliche Mitarbeiter eine hohe zeitliche Belastung mit sich, ohne dabei Lösungen für die Probleme aufzuzeigen.

das „Amt des Ministers für groben Unsinn“ zu bewerben, auf die Vorschläge der Kommission reagieren wird. Spätestens dann könnte er beweisen, dass mehr in ihm steckt – ein Kultusminister mit Gespür für Bildungsfragen.

INKLUSION KOMMT ALLEN ZUGUTE

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt im Gespräch mit dem SPD-Bildungspolitiker Christoph Degen

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Christoph Degen: Dagmar, wir haben ja politisch schon viel zusammengearbeitet. Aber wir haben noch nie über Inklusion gesprochen. Du hast einen Sohn mit Down-Syndrom. Was ist dir bildungspolitisch wichtig, damit er optimale Chancen auf gute Bildung bekommt?

Dagmar Schmidt: Zuerst einmal darf Inklusion nicht heißen, alles bleibt beim Alten, nur sind jetzt auch Behinderte mit dabei. Das Gegenteil ist der Fall. Auf der langen Linie bedeutet ernst gemeinte Inklusion, dass sich alles ändern muss. Und dabei für alle zum

Vorteil wird. Man muss Inklusion als etwas begreifen, dass am Ende allen zugutekommt, weil jeder Mensch mit seinen Besonderheiten berücksichtigt wird. Davon sind wir im Augenblick aber an den meisten Schulen noch meilenweit entfernt.

Degen: Ja, gerade im schwarz-grün regierten Hessen fehlt leider eine klare Haltung der Landesregierung zur konsequenten Umsetzung von Inklusion. Die

ZUR PERSON

CHRISTOPH DEGEN (35)

entschied sich während seines Zivildiensts für ein Studium auf Lehramt an Sonderschulen, forschte an der Uni Frankfurt zu Bildungsreformen am Beispiel von Inklusion und arbeitete als Förderschullehrer. Von 2008 bis 2009 und seit 2014 ist er für die SPD im Hessischen Landtag und dort bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Verantwortung wird an die Schulen delegiert, ohne sie angemessen auszustatten. Es gibt weder ein klares Bekenntnis noch ein Konzept hin zu einem inklusiven Schulsystem. Stattdessen wird Eltern von Kindern mit Behinderungen die sogenannte Wahlfreiheit suggeriert, die sie aber de facto nicht haben. Jüngst hat eine parlamentarische Anfrage wieder einmal gezeigt, dass sich im vergangenen Jahr in über 50 Fällen Eltern für inklusiven Unterricht für ihr Kind entschieden haben, dies aber nicht realisiert werden konnte. Und diese Zahlen sind noch geschönt, weil Eltern, die mit Klagen drohen, Angebote gemacht werden.

Schmidt: ... ich sage ja, meilenweit entfernt! Die gute Idee der Inklusion leidet in ihrer Akzeptanz darunter, dass sie schlecht umgesetzt wird. Eltern haben oft Angst, dass ihre Kinder zu kurz kommen. Es wird dabei gar nicht bedacht, was Kinder lernen, wenn ein Kind mit Behinderungen mit in der Klasse ist. Dass sie lernen, dass es normal ist, anders zu sein und die Qualität und Kompetenz entwickeln, damit souverän umzugehen. Das lernen Kinder nirgends so gut wie in der Schule. Überall dort, wo man mit Menschen umgeht, privat und beruflich, ist diese Kompetenz Gold wert. Solche Schlüsselkompetenz bekommt man in den ja angeblich homogenen Lerngruppen von Gymnasium, Real-, Haupt- und Förderschule nicht vermittelt. Ich erfahre von vielen, die mit Menschen mit Behinderung zu tun haben, dass sie das als großes positives Moment für die eigene Persönlichkeitsentwicklung empfinden. Aber zur Umsetzung bedarf es eben weit-

reichender Reformen der Institutionen und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf der anderen Seite muss man den Eltern auch die Angst vor dem Neuen ein Stück weit nehmen.

Degen: Ja, wir wollen ja auch nicht von heute auf morgen alle Förderschulen abschaffen. Aber wir wollen die Menschen für die Idee der Inklusion begeistern. Nach über 30 Jahren Erfahrung im gemeinsamen Unterricht, auch mit Schülern mit geistiger Behinderung, muss Hessen endlich den Fuß von der Bremse nehmen. Auf spezielle Schulen für Schüler mit Lernbehinderungen wird man am ehesten verzichten können, da sind nicht mal bauliche Maßnahmen nötig. Voraussetzung ist natürlich eine bessere pädagogische Betreuung und auch eine veränderte Aus- und Fortbildung. Schon ist man bei einer veränderten Lernkultur durch mehr individuelle Förderung. Aber das ist doch alles machbar, auch wenn es uns etwas kosten wird. Das machen ja andere Bundesländer schon. Und dann muss man einfach sicherstellen, dass das sonderpädagogische Know-how schrittweise viel stärker in die Regelschulen transportiert wird und damit eine Ressource ist, die der ganzen Schule zugutekommt. Wenn man das sicherstellt, steigt auch die Akzeptanz für Inklusion. Dann kann man sehen, wie sich die Nachfrage nach Förderschulen entwickelt. Dann ist auch ein Schulsystem ohne Förderschulen am Ende denkbar.

Schmidt: Ja, du kannst natürlich nicht einfach ein Kind mit Down-Syndrom in eine Klasse mit

30 Schülerinnen und Schülern setzen. Punkt. Das wird nicht funktionieren. Es braucht entsprechende Rahmenbedingungen, von denen aber am Ende alle profitieren. Und ein weiteres Manko unseres Schulsystems ist: Es wird an den Schwächen und nicht an den Stärken angesetzt. Es wird defizitorientiert gearbeitet. Die Frage ist immer, was kannst du nicht. Da musst du

ZUR PERSON

DAGMAR SCHMIDT (42)

ist seit ihrem 16. Lebensjahr Mitglied der SPD und auf den verschiedensten Ebenen hauptsächlich, vor allem aber ehrenamtlich, engagiert. Sie ist Historikerin und hat unter anderem als wissenschaftliche Referentin gearbeitet. Seit 2013 ist sie für die SPD Lahn-Dill im Bundestag und dort Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales. Sie hat einen Sohn mit Down-Syndrom.



Lesen Sie weiter auf Seite 28 ►

LUFT & LIEBE?

Wovon Menschen leben SPD-LANDTAGSFRAKTION

SABINE HOFMANN-KASTE (33) ARBEITET IN DER WIESBADENER AWO-KITA „PHILIPP HOLL“ ALS ERZIEHERIN

Sabine Hofmann-Kaste hört den Kindern, die sie betreut, gut zu. Als Erzieherin hat sie eine Zusatzqualifikation als pädagogische Sprachberaterin, schult und berät Eltern und AWO-Kindergartenteams zum Thema Sprache, achtet auf das Sprachverhalten der Kinder – etwa ob ihr Wortschatz ihrem Alter entspricht – und arbeitet mit ihnen in kleinen Gruppen daran. Diese Arbeit macht aber nur einen Teil ihrer Tätigkeit aus. Sabine Hofmann-Kaste arbeitet sonst als ganz normale Erzieherin. Sie ist in der Kita für die Frühschicht verantwortlich und stellt morgens sicher, dass Eltern ihre Kinder ab sieben Uhr bringen können. Acht Gruppen hat die Kita: eine Krippengruppe, vier Kindergartengruppen und drei Hortgruppen. Rund 20 Kinder umfasst eine Gruppe. 1,7 Erzieherinnen und Erzieher kümmern sich um die Drei- bis Sechsjährigen, das macht knapp 12 Kinder pro Betreuer. Da kann es – gerade im

Winter, wenn Grippe und Erkältung umgehen – schon mal knapp werden. Für administrative Zeiten wie Vorbereitung, den pädagogischen Austausch zwischen den Kollegen und Elterngespräche hat die AWO feste Zeiten eingeplant, damit dies nicht noch zusätzliche Zeit frisst und die Betreuerinnen und Betreuer stresst. Hofmann-Kaste arbeitet täglich ab sieben Uhr – meist bis 15 Uhr. Einmal geht der Tag bis 17 Uhr, einmal bis 14 Uhr.



SABINE HOFMANN-KASTE

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Sabine Hofmann-Kaste wird von der AWO mit einem S8-Gehalt nach dem Tarifvertrag im öffentlich Dienst bezahlt. Üblicher in der Branche ist S6. Bei S6 beträgt das Einstiegsgehalt 2366,68 Euro und kann sich nach vielen Berufsjahren

bis auf 3289 Euro steigern. Bei S8 liegt das Gehalt zwischen 2478 und 3732 Euro. Sabine Hofmann-Kaste ist verheiratet und hat eine achtjährige Tochter und einen dreizehnjährigen Sohn. In Ihrer Freizeit ist sie ganz Mama und kümmert sich ums Einkaufen und die Familie.

Mögen Sie Ihren Beruf?

Ja, sagt Sabine Hofmann-Kaste, sehr. Sie arbeitet gern bei der AWO Kreisverband Wiesbaden, weil die Leitsätze der AWO ihre Haltung in der Arbeit mit Menschen wieder spiegeln. Es sei abwechslungsreich und spannend, Kinder in ihrer Entwicklung zu begleiten. Sie selbst fühlt sich als Wegbegleiterin, die ihre Gruppenkinder ein Stück weit auf das Leben vorbereitet und sie fit für die Schule macht.

Was ist Ihnen wichtig?

Für Sabine Hofmann-Kaste hat ihre Familie einen hohen Stellenwert. Sie wünscht sich, dass es allen gut geht und sie gesund sind.

Was würden Sie verändern?

Sabine Hofmann-Kaste wünscht sich eine Aufwertung ihres Berufs, auch finanziell. Schließlich trage ein Betreuer eine hohe Verantwortung für die Kinder. Und auch der Betreuungsschlüssel sei sehr knapp bemessen und die Arbeitsbelastung – etwa auch durch eine ständig wachsende Dokumentationspflicht – hoch.

► dann mehr tun. Dabei wird zu oft versäumt zu sehen, was jemand richtig gut beherrscht und was man aus dieser Fähigkeit machen kann.

Degen: Man kann sich schon einiges von Förderschulen anschauen. Ich habe ja selbst als Förderschullehrer gearbeitet. Für jedes Kind werden differenzierte Berichte geschrieben, die Stärken und Schwächen individuell herausarbeiten.

In der Regel sind es auch Ganztagschulen, sodass man sich mehr Zeit für die Kinder nehmen kann. Man arbeitet im Team und kennt Schüler besser, kann ihr Verhalten einsortieren und auf Befindlichkeiten reagieren. Die Kinder vertrauen einem, wenn man ihnen ein Arbeitsblatt oder eine Aufgabe gibt, weil sie wissen, dass man es ernst mit ihnen meint und sie einem wichtig sind. Wenn solche Bedingungen auch an Regel-

schulen gelten würden, wären wir einen großen Schritt weiter.

TERMIN

Am **22. September 2015** um **18.30 Uhr** lädt die SPD-Landtagsfraktion Bildungsexperten in den Hessischen Landtag ein, um unter dem Titel „**Über 30 Jahre ‚Gemeinsamer Unterricht‘ in Hessen – wann wird die Ausnahme zur Regel**“ über Inklusion zu diskutieren.

BILDNACHWEIS – SABINE HOFMANN-KASTE



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DAS LIEBLINGSREZEPT UNSERES LANDTAGSABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 4 PERSONEN

- 6 kleine Auberginen
- 3 EL Salz (Auberginen werden in Salzwasser eingelegt)
- 1 Wasserglas Öl
- 2 mittelgroße Zwiebeln
- 2 Knoblauchzehen
- 300 Gramm Hackfleisch
- ½ Bund Petersilie
- 1 TL Salz
- 1 TL schwarzer Pfeffer
- 1 EL Tomatenmark
- 1 gestrichenen TL Paprikapulver
- 1 gehäuften TL Oregano
- 2 Tomaten (geschält)
- 7 grüne Peperoni

Karniyarik ist ein traditionelles türkisches Rezept. Ich koche es gerne – zum Beispiel im Urlaub in Istanbul für meine Mutter und meine Frau Silke. Wörtlich übersetzt heißt es übrigens etwas brutal „Aufgeschlitzter Bauch“.

UND SO GEHT'S:

Strünke von den Auberginen abschneiden und sie streifenartig (siehe Abbildung) schälen. Auberginen mindestens eine halbe Stunde in Salzwasser legen. Dann unter klarem Wasser abspülen und abtrocknen. Ein Glas Öl in



BILDNACHWEIS – JURRIKE GOYTSCHALCK

Karniyarik (Gefüllte Auberginen)

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **TURGUT YÜKSEL**

die Pfanne geben und erhitzen. Die Auberginen in die Pfanne legen und von allen Seiten bei mäßiger Hitze gut anbraten, bis sie weich sind. Das dauert rund acht Minuten. Auberginen auf ein Küchenkrepp legen, damit überschüssiges Öl aufgesaugt wird. Im Rest des Öls (in der Pfanne) in Würfel geschnittene Zwiebeln und Knoblauch kurz anbraten. Das Hackfleisch und alle Gewürze der Reihe nach dazugeben und gleichmäßig durchbraten, bis der Bratensaft vollständig verdunstet ist. Die Hälfte des Tomatenmarks unterrühren. Eine in Würfel geschnittene Tomate und fein gehackte Petersilie sowie die kleingeschnittene Paprika dazugeben und alles bei niedriger Hitze rund

fünf Minuten köcheln lassen. Die abgetropften Auberginen nebeneinander in eine Auflaufform legen und der Länge nach aufschlitzen. Das Fruchtfleisch mit einem Kochlöffel bootsförmig zusammendrücken, damit die Auberginen mit der Fleischmasse befüllt werden können. Drei Esslöffel der Füllung in die Auberginen geben und anschließend mit einer Scheibe Tomate und einer Peperoni dekorieren. Die andere Hälfte des Tomatenmarks mit einem halben Glas Wasser verrühren und zu den Auberginen in die Auflaufform gießen. Bei 180 °C 20 bis 25 Minuten im Ofen garen. Fertig.

Afiyet Olsun!

ERFOLGSSTORY DUALES SYSTEM

Betrieb und Berufsschule greifen bei der Handwerkslehre Hand in Hand

SPD-LANDESVERBAND – Text **HANS-WERNER SCHECH**

Mit dem dualen System bietet das deutsche Handwerk einen guten und soliden Ausbildungsweg. Der erfolgreiche Dreiklang lautet: Lehrling, Geselle, Meister. Nach erfolgreicher Ablegung der Gesellenprüfung am Ende der Ausbildung ist man Geselle und nach erfolgreicher Ablegung der Meisterprüfung eben Meister, der wiederum berechtigt ist, Lehrlinge

auszubilden. Wie erfolgreich die duale Ausbildung im deutschen Handwerk in der Breite ist, zeigt sich an der äußerst niedrigen Jugendarbeitslosigkeit, die mit 5,7 Prozent im Juli 2015 weit unter der vergleichbarer Länder liegt.

Berufliche Bildung ist keine Einbahnstraße, sondern der Königsweg zur Karriere im Handwerk. Die Förderung von Talenten hat

das Handwerk zum Prinzip erhoben und jeder – vom Hauptschüler bis zum Abiturienten – kann davon profitieren. Der Trend hin zu höheren Schulabschlüssen bedeutet für das Handwerk, mit seinen Karrierechancen verstärkt um Abiturienten zu werben. Mit Erfolg: Immer mehr Abiturienten interessieren sich für eine Karriere im Handwerk. Im vergangenen Jahr ist ihr Anteil an den Auszu-

bildenden bundesweit von acht auf rund zehn Prozent gestiegen. Aus der Vielzahl anspruchsvoller und attraktiver Ausbildungsberufe im Handwerk rücken insbesondere Berufe, die sich mit der Energiewende beschäftigen, in den Fokus der Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung. Andere Berufe ziehen traditionell Jugendliche mit höherem Schulabschluss an – beispielsweise die Gesundheitsberufe und Handwerksberufe mit hohem Kreativpotenzial wie Schmuckherstellung, Glaskunst oder Holzbehandlung.

Das Handwerk wirbt um Abiturienten mit der Perspektive des Unternehmers oder des Betriebsleiters. Duales Studium oder gar triales Studium werden mittlerweile für besonders ehrgeizige Jugendliche angeboten, also die Ausbildung zum Gesellen mit gleichzeitigem Bachelorabschluss bzw. zusätzlichem Meisterabschluss.

Dieser Darstellung ist zu entnehmen, dass junge Menschen, die eine duale Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen haben und anschließend noch die Meisterprüfung ablegen, den uneingeschränkten Hochschulzugang haben. Damit ist die Politik der langjährigen Förderung des Handwerks nach Gleichstellung schulischer und beruflicher Bildung nachgekommen. Es ist klar, dass nicht jeder Handwerksmeister ein akademisches Studium aufnimmt. Stattdessen nehmen junge Meister Führungspositionen in Unternehmen ein, gründen ihren eigenen Betrieb oder übernehmen in vielen Fällen bestehende elterliche Unternehmen.

Ganz am Rande sei erwähnt, dass die OECD Deutschland nach wie vor für unterakademisiert hält. Dies ist ein Fehler in sich, da der Meistertitel nach dem europäischen Qualifikationsrahmen mit dem Abschluss Bachelor gleichgestellt ist.

Wenn Deutschland mit seinem starken Handwerk weiter wirtschaftlich erfolgreich sein will, dann brauchen wir aber ein neues Bildungsverständnis. Wir brauchen mehr Wertschätzung für die hohe Qualität der beruflichen Bildung in Gesellschaft und Politik. Die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und akademischer Bildung darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss tatsächlich auch gelebt werden.

Hören wir auf, jedem Mädchen und Jungen in Deutschland als

Ob Fensterbauer, Koch oder Mechatroniker – alle profitieren vom dualen Ausbildungssystem.

FAKTEN DAS DUALE SYSTEM

Als duale Ausbildung, auch duales Berufsausbildungssystem, bezeichnet man die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule beziehungsweise im tertiären Bereich an der Berufsakademie. Voraussetzung für eine Berufsausbildung im dualen System ist in Deutschland ein Berufsausbildungsvertrag mit einem Betrieb. Die folglich zu besuchende Berufsschule ist abhängig vom Ort beziehungsweise von der regionalen Zugehörigkeit des Betriebs. Der praktische Teil der Ausbildung wird den Auszubildenden in den Betrieben vermittelt, den theoretischen Teil übernimmt die Berufsschule. Die Ausbildung im Betrieb wird in aller Regel durch einen Meister, der gleichzeitig über die Ausbilder-eignung verfügt, vorgenommen. In der täglichen Praxis wird dies aber auch von gut qualifizierten Gesellen übernommen.

alleiniges Lebensziel Abitur und Studium anzupreisen. Wer lieber direkt den Weg in die Praxis gehen will, dem darf dieser Wunsch nicht schlechtgeredet werden. Eine erfolgreiche duale Ausbildung ist Zukunftsvorsorge – nicht nur für die jungen Menschen, sondern auch für unser Gemeinwesen. Gut ausgebildete Fachkräfte sind unser wichtigstes Kapital in Deutschland und in Europa!



HANS-WERNER SCHECH IST PRÄSIDENT DER ARBEITGEBER-VERBÄNDE DES HESSISCHEN HANDWERKS UND SCHORNSTEINFEGERMEISTER.



HESSEN IST SCHLUSSLICHT BEI KINDERBETREUUNG

Die Bildungsexpertin Anette Stein über
Personalmangel in Kitas, kindgerechte Betreuung
und ihre neue Studie

SPD-LANDESVERBAND



BILDNACHWEIS – FOTOLIA

WIE GUT IST DIE FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN HESSEN?

Anette Stein: Die Personalschlüssel in Hessen haben sich in den beiden letzten Jahren leicht verbessert. In der Krippe war eine Erzieherin rechnerisch für 3,8 Kinder verantwortlich (Vergleich 2012: 4,1 Kinder). Im Kindergarten kommen auf eine Erzieherin 9,8 Kinder (Vergleich 2012: 10 Kinder). Trotz der jüngsten Investitionen sind die Betreuungsverhältnisse in Hessen immer noch nicht kindgerecht. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt auf Basis internationaler Forschung eine Betreuungsrelation von 3 Krippenkindern und 7,5 Kindergartenkindern. Hierbei ist berücksichtigt, dass das tatsächliche Betreuungsverhältnis im Alltag noch schlechter ausfällt als die statistisch erhobenen Werte. Mindestens 25% ihrer Arbeitszeit benötigen pädagogische

FAKTEN

KIFÖG VERSCHLECHTERT DIE SITUATION WEITER

Am 1. Januar 2014 – also nur kurz vor Erhebung der Zahlen durch die Bertelsmann Stiftung – ist in Hessen das sogenannte Kinderförderungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem KiföG wurde der unzureichende Personalschlüssel im Prinzip festgeschrieben, der Eckwert liegt bei 1,75 Fachkräften auf 25 Kinder, das sind mit 14 Kindern pro Fachkraft fast doppelt so viele, wie die Bertelsmann Stiftung empfiehlt. Erste Erfahrungen belegen auch, dass der von der Bertelsmann Stiftung bemängelte Trend zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen durch das Gesetz verstärkt wurde. Experten rechnen mit einer weiteren Verschlechterung der Betreuungsverhältnisse und -qualität in Hessen.

Länderreport der Bertelsmann Stiftung belegt Versäumnisse Hessens.

Fachkräfte für Aufgaben, die nicht unmittelbar mit dem Kind erfolgen. Hierzu zählen Team- und Elterngespräche, Dokumentationen sowie Fortbildung. Im Kita-Alltag in Hessen betreut eine Erzieherin daher mindestens 5,1 Kinder unter drei Jahren und mindestens 13 Kinder ab drei Jahren. Im westdeutschen Ländervergleich haben damit Hessens Kindergärten neben dem Saarland die schlechtesten Personalschlüssel.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER IN HESSEN?

Anette Stein: Der diesjährige Ländermonitor Frühkindliche Bildung analysiert auch die strukturellen Arbeitsbedingungen der Kita-Fachkräfte. In Hessen ist das Stammpersonal von Kindertageseinrichtungen, die Kita- und Gruppenleitung, meistens unbefristet angestellt. Dagegen hat jede zweite Inklusionsfachkraft (52%) nur einen Zeitvertrag (Bundesdurchschnitt = 31%). Zugleich arbeiten in Hessens Kitas relativ viele Fachkräfte weniger als 21 Wochenstunden (18%). Gerade für diese Teilzeitkräfte bestehen besonders hohe gesundheitliche Risiken.

WAS MÜSSTE AUS SICHT DER BERTELSMANN STIFTUNG GETAN WERDEN, UM DIE SITUATION ZU VERBESSERN?

Anette Stein: Angesichts der enormen Spannbreiten zwischen den 16 Bundesländern empfiehlt die Bertelsmann Stiftung, dass sich die Länder, Kommunen und Träger gemeinsam mit dem Bund auf gemeinsame Standards für Personalschlüssel verständigen.



Freude in der Kita? Nur wenn die Qualität stimmt.



Im Rahmen einer Qualitätsoffensive könnten auch gemeinsame Ziele für die Vor- und Nachbereitungszeit der pädagogischen Arbeit, die berufsbegleitende Beratung sowie die Fort- und Weiterbildung definiert werden. Mittelfristig könnten so bessere Bildungschancen aller Kinder – unabhängig von ihrem Wohnort – gesichert werden.

ANETTE STEIN IST PROGRAMM-DIREKTORIN WIRKSAME BILDUNGS-INVESTITIONEN BEI DER BERTELSMANN STIFTUNG UND VERANT-



WORTLICH FÜR DIE AKTUELLE STUDIE „LÄNDER-MONITOR FRÜHKINDLICHE BILDUNGSSYSTEME“.



NACHGEFRAGT

1
2
3

»Sagen Sie mal, Herr Schäfer-Gümbel...«
Drei Fragen von Fevzije Zeneli

SPD-LANDTAGSFRAKTION

1 Fevzije Zeneli: Zum gesamten Komplex hessischer Bildungspolitik hat die SPD eine Enquete-Kommission initiiert. Welche Ergebnisse erhofft sie sich und was ist realistisch?

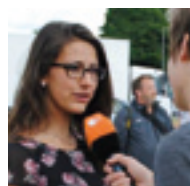
Thorsten Schäfer-Gümbel: Die von uns ins Leben gerufene Enquete-Kommission hat den Titel: „Kein Kind zurücklassen“. Und darum geht es uns. Wir wollen im Gespräch mit Experten und Sachverständigen ein haltbares und langfristiges Konzept erarbeiten, das als Ziel gute Bildung für alle formuliert. Die frühe Zuordnung der Kinder in die Schulzweige Gymnasium, Realschule und Hauptschule bereits nach der vierten Klasse ist europaweit eher Ausnahme als Regel. Laut Studien wie etwa der PISA-Studie sorgt diese frühe Aufteilung und die mangelnde Durchlässigkeit – Kinder können nur schwer zwischen den Schulzweigen wechseln – dafür, dass der Bildungsabschluss in Deutschland überdurchschnittlich stark vom Elternhaus des Kindes abhängt. Diesen Zustand wollen wir nicht akzeptieren. Wir haben insgesamt 48 Fragen formuliert, die diskutiert werden. Damit wollen wir mehr Kindern in Hessen eine gute und sichere Zukunft bieten.

2 Zeneli: Die aktuelle Situation steigender Flüchtlingszahlen ist wohl das Thema des Sommers 2015. Zur guten Integration, gerade auch junger Menschen, sind Schulen Orte von entscheidender Wichtigkeit. Wie will die SPD den Schulen bei ihrer Arbeit helfen?

Schäfer-Gümbel: Flüchtlingskinder sollten schnellstmöglich eingeschult werden. Eine Schulpflicht für sie gilt in jedem Fall nach drei Monaten. Das ist das A und O dafür, dass sie ihren Weg in unsere Gesellschaft finden. Das stellt die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer vor eine große Herausforderung. Bei einem Besuch in einer solchen Klasse habe ich erlebt, mit welchem Engagement sie sich bemühen und weit über das hinausgehen, für was sie bezahlt werden. Sie brauchen mehr Unterstützung, die schwarz-grüne Landesregierung hat aber zuletzt die Lehrerzuweisung für Seiteneinsteiger- und Intensivklassen, in denen Flüchtlingskinder klassischerweise unterrichtet werden, gekürzt. Das bedeutet auch weniger Förderung und damit langsame statt zügige Integration. Das muss geändert werden.

3 Zeneli: Was ist dein größter politischer Wunsch in der Bildungspolitik?

Schäfer-Gümbel: Mein bildungspolitisches Leitmotiv und oberstes Ziel lautet, dass die Bildungs- und damit die Berufs- und Zukunftschancen eines Kindes nicht mehr von seiner sozialen Herkunft abhängen dürfen. Schule muss sich am Kind orientieren, an seinen individuellen Fähigkeiten und Stärken, aber auch an seinen Schwächen und nicht umgekehrt. Dafür braucht Schule Zeit und gut ausgebildete Lehrkräfte. Deutlich mehr echte Ganztagschulen, mehr Schulsozialarbeit, stärkere Berufsorientierung und eine verbesserte Lehrerbildung sind erste Schritte auf dem Weg dahin!



Fevzije Zeneli ist Landesschulsprecherin in Hessen und hat beim Hessischen Bildungsgipfel

die wichtige Arbeitsgruppe 1 zur Schulgestaltung mitgeleitet.

Wollten Sie von Thorsten Schäfer-Gümbel auch schon immer etwas wissen? Bitte senden Sie Ihre drei kurzen Fragen an:

**SPD-LANDESVERBAND
HESSEN, REDAKTION
„ZUKUNFT HESSEN“,
RHEINSTRASSE 22,
65185 WIESBADEN**

BILDNACHWEIS SCHÄFER-GÜMBEL – SPD-LANDTAGSFRAKTION / BILDNACHWEIS POST-IT – DIRK SCHUMANN, FOTOLIA.COM / BILDNACHWEIS FEVZIJE ZENELI – LSV HESSEN

WER VISIONEN HAT, SOLLTE KAMPAGNE MACHEN.

DAS PASSENDE KAMPAGNENMATERIAL KANNST DU HIER BESTELLEN...

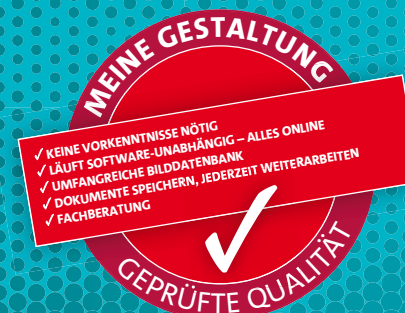
SPD-SHOP.DE

MEIN SHOP



... ODER GLEICH SELBST GESTALTEN!

MEINE GESTALTUNG



SPD.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag,

Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13



TITEL&LAYOUT: STUBE text&design,
www.stube-td.de

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheistrae 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION:

Katja Apelt (verantwortlich), Anja Kornau,
Dr. Wilfried Lamparter, Gert-Uwe Mende und die
NWMD GmbH Gesellschaft für Kommunikation,
www.nwmd.de

BILDER: Titel: ©Sutera

Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der
SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

DAS GEWINNSPIEL

SPD-LANDESVERBAND

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EINEN TAG IM HESSISCHEN LANDTAG MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie viele der insgesamt 1035 hessischen Grundschulen sind echte Ganztagschulen, die Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften mehr Zeit zum Lernen geben und Eltern entlasten?

[A] 3

[B] 5

[C] 7

Nachname, Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Mail

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.

[] ja, ich möchte auch in Zukunft von der HessenSPD informiert werden, bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.